

## Slowakei droht Industrie mit Boykott

**Bratislava.** Der Vorwurf, internationale Unternehmen vermarkten in Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn Lebensmittel schlechterer Qualität als in Westeuropa, war im Frühjahr laut geworden – nun will der slowakische Ministerpräsident Konsequenzen ziehen. Am Dienstag dieser Woche drohte Robert Fico den Herstellern mit einem Boykott. So könnten beispielsweise öffentliche Einrichtungen angewiesen werden, keine ausländischen Produkte mehr zu kaufen. Falls die Europäische Kommission hier nicht entschlossener vorgehe, sehe man sich zu einem solchen Schritt gezwungen, selbst wenn dieser gegen EU-Wettbewerbsrecht verstöße. Zunächst aber wollen die vier „Visegrad-Länder“ die Möglichkeit einer EU-Bürgerinitiative prüfen.

Bereits im März hatten die Slowakei und Ungarn die EU-Kommission mit einem Verweis auf Studien aufgefordert, aktiv zu werden. Vertreter der Kommission hatten daraufhin erklärt, das Thema weiterzuverfolgen. Eine polnische Zeitung sprach damals gar von „Lebensmittel-Kassismus“ (LZ 10-17). [gms/dpa/LZ 29-17](#)

## Infobriefe zu Veggie-Urteil im Umlauf

**Bof Hornburg.** Die Wettbewerbszentrale versickert aktuell „Hinweisschreiben“ an Unternehmen, die noch nicht die Vorgaben des „Veggie-Urteils“ vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) umsetzen. „Es handelt sich aber nicht um eine Abmahnung. Stattdessen informieren wir die einzelnen Hersteller und Händler, über die es Bescheide

# Reformulierung gerät zum Debakel

„Nationale Reduktionsstrategie“ stößt besonders in Milch- und Zuckerbranche auf Ablehnung

**Berlin.** Die verspätet vorgelegte Reduktionsstrategie gerät für Minister Schmidt zum Desaster. Ein Konsens mit der Wirtschaft ist nicht in Sicht.

Eigentlich sollte das Bundeskabinett nach dem Plan von Bundesernährungsminister Christian Schmidt (CSU) am Mittwoch dieser Woche einen nachgebesserten Entwurf abgeben. Auf Druck des Kanzleramts wurde das Thema allerdings von der Agenda gestrichen. In Berlin wird spekuliert, dass Unionsfraktions-Vize Gitta Connemann ihren Einfluss geltend gemacht hat. Auf LZ-Nachfrage wollte sich die Politikerin nicht zu dem Vorgang äußern.

Für Schmidt Projekt wird es mit Blick auf die Wahlen nun zeitlich eng. Die letzte Gelegenheit für grünes Licht aus dem Kabinett bietet die Sitzung am 2. August. Undessen müht sich das Bundesernährungsministerium mit einem zum zweiten Mal leicht abgemilderten Entwurf, die Bedenken der Wirtschaft abzuräumen und die Branchenverbände ins Boot zu holen.

Die grundsätzliche Kritik des Zentralverbands des Deutschen Bäckerhandwerks – der für die CSU strategisch äußerst wichtig ist – kann auch die aktuelle Version nicht ausräumen. „Wir akzeptieren die einseitig aufgewogene Rezepturkritik nicht“, so Verbandssprecher Daniel Schneider gegenüber der Lebensmittel Zeitung zu den Salzre-



**Brot und Brötchen:** Auch hier Hersteller sollen „schrittweise“ ihre Rezepte anpassen.

duktions-Beghrlichkeiten. Er hält die angeführten wissenschaftlichen Grundlagen für unzureichend für derart umfangreiche Eingriffe in die Rezepturtreue.

Auf Granit beißt das Ministerium mit seiner Reduktionsstrategie besonders auch in den Branchen Milch und Zucker.

„Wir werden keine Selbstverpflichtung unterschreiben“, stellt Eckhard Heuser, Hauptgeschäftsführer des Milchindustrieverbands (MIV), klar. Die Strategie sei nicht geeignet, die Übergewichtsproblematik zu lösen. Er verweist zudem auf die erheblichen Schwierigkeiten mit den Verkehrsbezeichnungen infolge von Fettreduzierungen.

Auch aus Sicht der Wirtschaftlichen Vereinigung Zucker (WVZ) läuft der Reformulierungsansatz ins Leere. „Es kommt auf die Kalorienbilanz an und nicht auf einzelne Nährstoffe“, bekräftigt WVZ-Geschäftsführer Günter Tissen.

Insgesamt herrscht in der Wirtschaft großer Unmut über das Vorgehen des Ministeriums. „Nachdem fast drei Jahre seitdem Auftrag des Bundeskanzlers vergangen sind, kommt man kurz vor Toresschluss mit einem Papier um die Ecke, das derart massiv in Unternehmensrecht eingreift“, bringt ein Branchenvertreter den Ärger auf den Punkt. Ein echter Dialogprozess sehe anders aus.

Die Besorgnis bezieht sich nicht zuletzt auf die Bindungskraft der Strategie für eine künftige Bundesregierung. [pl/LZ 29-17](#)

## Strafreform wirft Schatten voraus

**Frankfurt.** Die am 23. Juni von der Großen Koalition beschlossene Reform des Strafprozessrechts wirft laut Altdred Hagen Meyer ihre Schatten auch auf die Lebensmittelwirtschaft voraus. „Wenn Polizeibeamte zur Vernehmung als Zeugen vorladen, gar überraschend vor der Tür stehen, nun Unternehmer und Mitarbeiter bislang gut daran, nichts zu sagen und sofort einen Anwalt einschalten; sie müssen sich nicht auf die Polizei einlassen, – laut dem neuen Paragraph 163 Strafprozessordnung hingegen schon“, resümiert der Partner von Meyer Anwälte. Künftig sind Zeugen verpflichtet, „auf Ladung von Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft zu erscheinen und auszusagen, wenn der Ladung ein Auftrag der Staatsanwaltschaft zugrunde liegt“. „Auftrag“ kann laut Meyer so verstanden werden, dass schon die pauschale Anweisung genügt, alle relevanten Personen zu laden und zu vernehmen, auch unter Androhung von Sanktionen. Eine schriftliche Ladung sei unnötig. Fristen nicht zu beachten. „Polizeibeamte können nun gleich an Ort und Stelle eine Ladung aussprechen und versuchen, den Zeugen zu einer Aussage zu bringen. Laut Gesetzesbegründung sollen sie wegen möglicher Zeugnis- und Auskunftsverweigerungsrechte hierfür nur „Rücksprache“ mit der Staatsanwaltschaft halten.“ Sollte die Polizei künftig klingeln, rät Meyer dennoch, umgehend den Anwalt beizuziehen, auch auf die Gefahr eines Ordnungsgeldes hin wegen unterlassener Aussage. „Jeder Zeuge hat ein Recht auf Zeugenbestand. Für dessen Konsultation müsse die Ermittlungsbehörde Zeit einräumen, andernfalls wäre ein Ordnungsgeld rechtswidrig.“ [gms/LZ 29-17](#)